



Pressemitteilung des Bürgermeisters der Gemeinde Rangsdorf vom 28.03.2011

Auszug aus dem Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung der Gemeindevertretung am 3. März 2011

Die ehemalige Kaufhalle in der Seebadallee/Ecke Goethestraße ist abgerissen. Das Gelände wird durch den Investor weiter beräumt. Die Baugenehmigung für das Rathaus ist erteilt, der Bauantrag für den Einkaufsmarkt gestellt.

Für die Aufstellung des Mauerteils an der Buswendeschleife liegt eine Baugenehmigung vor.

Die Ruine der alten Tischlerei neben dem Seebadcasino wurde ebenfalls abgerissen. Besonders tragisch ist es, dass in diesem Bereich die erst im letzten Jahr neu errichtete Uferbefestigung des Rangsdorfer See durch das im Februar neugebildete Eis fast gänzlich zerstört wurde. Wie Sie wissen, ist das Seebad Casino im Insolvenzverfahren. Wir werden prüfen, wie im Frühjahr ohne größere Absperrungen die Sicherheit für Spaziergänger auf dem dort verlaufenden Fußweg am See weiter zu gewährleisten ist.

Die im letzten Jahr begonnenen Sanierungs- und Umbauarbeiten im Weißen Haus der Grundschule Rangsdorf konnten bis auf die Elektroarbeiten abgeschlossen werden.

Für den Schülertransport zum Schwimmunterricht sind für die Grundschule Rangsdorf ab dem 28.03.2011 2 Busse mit Gurten im Einsatz. Der Einsatz von 2 Bussen bedeutet auch, dass 2 Lehrer zur Aufsicht mitfahren müssen. Der Einsatz eines mit Gurten ausgerüsteten Busses für die Grundschule Groß Machnow konnte bisher von der Verkehrsgesellschaft nicht gesichert werden.

Für die Sanierung des Roten Hauses der Grundschule Rangsdorf liegt wegen der noch fehlenden denkmalrechtlichen Zustimmung noch keine Baugenehmigung vor.

Der Westflügel des U-Gebäude-Komplexes des Gutes Groß Machnow wurde zum 15. Februar übernommen. Derzeit wird das Gebäude möbliert und die Gerätesporthalle ausgestattet. Der Anstrich an der Außenfassade soll bei wärmeren Temperaturen nachgeholt werden.

Die Bauarbeiten im Gutshaus laufen. Nach jetzigem Stand werden die Schulspeisung und die Bibliothek im Frühjahr einziehen. Ob die heutige Bibliothek im Ortsteil Groß Machnow als Wohnung genutzt wird oder zum Teil durch die freiwillige Feuerwehr, muss noch entschieden werden. Die Planung, in diesen Räumen vorübergehend eine Kita unterzubringen, würde den Bedarf im Frühjahr 2011 nicht decken. Weil bis zum Sommer mit einem Bedarf von ca. 20 zusätzlichen Kitaplätzen zu rechnen ist, wurde mit dem DRK Kreisverband Fläming-Spreewald e.V. über die Nutzung des Hauses im Jütenweg gesprochen. Ebenso wurde mit dem Landesjugendamt über die vorübergehende Errichtung einer Kita im Jütenweg beraten. Ein Bauantrag für die Umnutzung ist gestellt. Hier könnten bis zu 20 Kinder betreut werden. Ziel ist es, im April mit dem Kitabetrieb zu beginnen und nach Fertigstellung des Kita - Neubaus in der Walther-Rathenau-Straße mit der neu geschaffenen Kita vom Jütenweg in die Walther-Rathenau-Straße umzuziehen. Für die Zeit der Nutzung des im Jütenweg angrenzenden Spielplatzes durch die Kita, wird dieser für die Öffentlichkeit nicht nutzbar sein. Dementsprechend verändern sich die Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit.

Wegen des anhaltenden Winterwetters konnten die Hochbauarbeiten an der Kita in der Walther-Rathenau-Straße nur zeitweise fortgesetzt werden, sodass mit einer Fertigstellung des Neubaus nicht vor Ende September zu rechnen ist.

Der Ausbau des Grenzweges konnte wegen des Winters in den letzten beiden Monaten nicht fortgesetzt werden, gearbeitet wurde aber an der Herstellung der geplanten Entwässerung bis zum Osthafen. Deshalb gab es Verkehrseinschränkungen in der Walter-Rathenau-Straße.

Nach einem Gespräch am 18. Februar 2011 im Landkreis mit den Bürgermeistern aller Städte und Gemeinden wird es keine einvernehmliche freiwillige Lösung in der Kita- Finanzierung geben, sodass die gesetzliche Regelung umgesetzt werden muss. Von mehreren Bürgermeistern wurde angeboten, so wie von Ihnen auch schon am 11. November 2010 angeregt, die Tagespflege und einige Verwaltungsaufgaben zur Vermeidung von doppelter Arbeit in den Gemeinden weiter zu erledigen.

Mit diesem Bericht erhalten Sie ebenfalls ein Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg vom 31. Januar 2011, das kurz vor der letzten Sitzung der Gemeindevertretung am 3. Februar 2011 in der Gemeinde einging. Dieses Schreiben hatte ich schon als PDF-Datei an die Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis weitergeleitet. In dem Schreiben wird erläutert, wie bürokratisch korrekt mit den Mitteln, die der Flughafen an den Naturschutzfonds als Ausgleichsgelder zahlt, zu verfahren ist. Damit ist das Problem aber nicht geklärt. Im Gegensatz zu Ausgleichsmaßnahmen, zum Beispiel, wegen dem Bau eines Fabrikgebäudes, bei dem nur Bewohner in unmittelbarer Nachbarschaft von den Auswirkungen betroffen sind, sind beim Flughafen BBI mehrere 10.000 Menschen betroffen. Da es politisch gewollt war, im Land Brandenburg die Mittel nicht direkt in Ausgleichsmaßnahmen im Flughafenumfeld einzusetzen, obwohl es dazu viele Angebote, wie die Sanierung des Rangsdorfer Sees gab, sondern diese an den Naturschutzfonds zu zahlen, müsste es nun Aufgabe der Politik sein, dafür zu sorgen, dass die Mittel soweit wie möglich im Flughafenumfeld eingesetzt werden. Die zuständige Ministerin ist Frau Tack (Die Linken). Um es nochmals ganz deutlich zu sagen, es geht hier nicht um ein einzelnes Projekt, wie die Sanierung des Machnower Sees, sondern es geht darum, dass politische Verantwortung wahrgenommen wird und die Ausgleichsmaßnahmen des Flughafens durch die verantwortlichen Politiker auch im Flughafenumfeld umgesetzt werden. Die Gemeinde hat gegen den ablehnenden Förderbescheid zur Sanierung des Machnower Sees Widerspruch eingelegt.

Zum Rangsdorfer See teilt uns das Ministerium mit, dass die Festsetzung von Entwicklungszielen für das Naturschutzgebiet und das Vogelschutzgebiet von einer Klärung einer Fördermittelbereitstellung abhängig sind. Dies ist mehr als absurd. Die Festsetzung von Entwicklungszielen für das Naturschutzgebiet „Rangsdorfer See“ ist eine pflichtige Aufgabe der zuständigen Naturschutzfachbehörden des Landes Brandenburg. Die zuständige Naturschutzfachbehörde ist das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Sich um pflichtige Aufgaben herumzumogeln, indem man auf fehlende Fördermittel verweist, ist nicht nachvollziehbar. Gerade in der Diskussion um die Flugrouten und das Vogelschutzgebiet „Rangsdorfer See“ stellt sich ansonsten die Frage, ob hier die Festsetzung von Entwicklungszielen abgewartet werden soll, bis die Flugrouten über den Rangsdorfer See festgesetzt wurden, um dann den Vogelschutz entsprechend anzupassen, indem die Vögel vertrieben werden. Das kann nicht gewollt sein. Deshalb bitte ich alle in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien sich politisch dafür einzusetzen, dass der Landtag die zuständige Ministerin beauftragt, endlich Entwicklungsziele für den Rangsdorfer See festzusetzen. In diesem Zusammenhang wäre dann auch das Problem mit den Feuerwerken zu klären. Es gibt derzeit keine Rechtsgrundlage, das Abrennen von nur anzeigepflichtigen Feuerwerken am See auf Flächen außerhalb des Naturschutzgebietes und Landschaftsschutzgebietes zu untersagen, auch wenn dies Auswirkungen auf den See hat.

Am 14. Mai soll in Bad Sachsa eine Gedenktafel zur Erinnerung an die dort internierten Kinder der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 aufgestellt werden. Diese Idee wurde durch Rangsdorfer Bürger angeregt. Dazu wird der Vorsitzende der Gemeindevertretung und der

Bürgermeister von Rangsdorf mit Bürgern im Rahmen einer „Delegation“ hinfahren. Ein Dienstreiseantrag wird zur nächsten Gemeindevertretung zur Zustimmung eingereicht.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS hat am 23.02.2011 den Wirtschaftsplan für 2011 beschlossen. Darin sind auch Mittel zur Projektierung der Schmutzwasserresterschließung in der Ortslage Rangsdorf eingestellt. Der Ergebnisplan weist zum erstem mal nach meiner Erinnerung ein Plus aus. Dies ist aber vor allem der Lösung der Übertragung des Anlagevermögens aus den Ortsteilen der Stadt Trebbin geschuldet. Rücklagen wegen der fehlenden Übertragung können aufgelöst werden. Die Vorsteherin B. David hat zum 30.06.2011 ihren Rücktritt erklärt.

gez. Rocher